

## **Niederschrift**

über die 3. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Kierspe am Dienstag, 16.03.2010, im Rathaus der Stadt Kierspe, Ratssaal, Springerweg 21, 58566 Kierspe

---

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 18.50 Uhr

### Anwesend:

Frank Emde	Bürgermeister
Armin Jung	
Oliver Knuf	
Martin Kulosa	
Marie-Luise Linde	
Erich Mürmann	
Gerdt Rubel	Vertr. f. Peter Schrade
Peter Christian Schröder	
Jürgen Tofote	
Uwe Treff	
Marc Voswinkel	
Clemens Wieland	

### Von der Verwaltung anwesend:

Olaf Stelse	Beigeordneter
Martin Gebhardt	Stadtkämmerer
Kurt Ackermann	Sachgebiet 20
Axel Boshamer	Sachgebiet 32, nur öffentlicher Teil
Ute Kemper	Sachgebiet 11
Petra Koch	Schriftführerin

Herr Bürgermeister Frank Emde eröffnet und leitet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Der Tagesordnungspunkt 1.4 wird aufgrund der Anwesenheit vieler Eltern mit Sitzungsunterbrechung vorgezogen; Herrn Eigner und Herrn Rahmede wird die Möglichkeit gegeben, ihre Anregungen weiter auszuführen. Herr Emde schlägt eine gemeinsame Beratung, aber separate Abstimmung zu den beiden Unterpunkten vor. Es ergeben sich keine Einwände.

Die Tagesordnung wird daher wie folgt abgewickelt:

### **1. Öffentlicher Teil**

#### **1.4 Anregungen gem. § 24 Abs. 1 GO NRW**

Die Sitzung wird vom Bürgermeister unterbrochen. Herr Eigner nimmt zu seiner Anregung Stellung. Anschließend überreicht Herr Rahmede zur Unterstützung seiner Anregung dem Bürgermeister eine Unterschriftenliste von insgesamt 90 Eltern und macht einige Ergänzungen zu seiner Eingabe. Er bittet darum, den Sachverhalt nochmals neu zu prüfen und die Bildung einer weiteren Eingangsklasse zu ermöglichen.

Herr Emde dankt beiden für ihre Ausführungen und hebt die Sitzungsunterbrechung auf.

Herr Jung hält das Bedürfnis der Eltern für nachvollziehbar und sieht die Voraussetzungen für die Bildung einer dritten Klasse an der Bismarckschule gegeben. Aus diesem Grund wird er gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen. Er führt nochmals die Vorteile der Profilierung der einzelnen Schulen aus und bedauert, dass Eltern die Schulen, die gute Arbeit geleistet haben und ein entsprechendes Erscheinungsbild darstellen, in diesem Fall nicht wählen können. Diese bevorzugten Standorte gilt es zu unterstützen. Bei Schulen, die ihre Schülerzahlen nicht erreichen können, muss man sich zwangsläufig um den Standort Gedanken machen und ihn ggf. einer anderen Nutzung zuführen.

Herr Wieland erläutert die Hintergründe für die Beschlussfassung im Ausschuss für Schule und Kultur sowie im Rat. In diesem Zusammenhang stellt er auch klar, dass die landespolitischen Vorgaben zu dieser Problematik geführt haben. Auch er hat Verständnis für die Argumentation der betroffenen Eltern, macht aber deutlich, dass der Schulträger allen Kiersper Grundschulen hier gleichmäßig gerecht werden muss. Zudem zeigt er die Probleme bei der Lehrerversorgung auf. Hierauf kann die Stadt aber keinen Einfluss nehmen. Selbst wenn die räumlichen Voraussetzungen für eine weitere Klasse vorliegen, werden dafür keine zusätzlichen Lehrerstellenanteile vom Schulamt zugewiesen. Eine andere Beschlussfassung ist für den Rat nicht möglich, daher kann er den Eltern nur empfehlen, ihre Widerspruchsrechte wahrzunehmen. Im Übrigen hält auch er eine Profilierung der Schulen zwar für sinnvoll, jedoch müssen für einen fairen Wettbewerb gleiche Konditionen bei allen Standorten vorliegen. Diese sind aber nicht gegeben.

Herr Kulosa erklärt, dass diese Problematik mittel- bis langfristig abzusehen war und sich seine Fraktion daher bei der Beschlussfassung enthalten hat. Über die Zustimmung zu den Anregungen sollte die Möglichkeit nun seitens der Stadt genutzt werden, nicht im voreilenden Gehorsam zu handeln, sondern politisch Druck aufzubauen und damit ein Zeichen zu setzen.

Herr Tofote bekräftigt die Aussagen von Herrn Wieland zur ausführlichen Beratung im Fachausschuss. Darüber hinaus fühlt er sich noch immer an den Ratsbeschluss gebunden und plädiert daher für den Beschlussvorschlag.

Herr Voswinkel erinnert daran, dass der Beschluss auf Empfehlung des Schulamtes gefasst wurde. Wenn sich jetzt ein anderer Bedarf abzeichnet, sollte auch ein anderer Beschluss gefasst werden – auch mit dem Risiko, dass dieser aufgrund der Unrechtmäßigkeit wieder aufgehoben werden wird. Die Anregungen sollten daher mitgetragen werden, um ein deutliches Signal nach oben zu senden.

Herr Emde macht in diesem Zusammenhang nochmals die Zuständigkeiten für den Bildungsbereich deutlich. Danach fallen Lehrerversorgung und die Klassenbildung in die Verantwortung des Landes, so dass dem Schulträger hier keine Gestaltungsspielräume gegeben sind. Daher wird ein anderslautender Beschluss zu beanstanden und aufzuheben sein. Damit ist den betroffenen Eltern letztlich dann überhaupt nicht weiter geholfen, da sich an der eigentlichen Situation dadurch nichts verändern wird.

Im Anschluss an diese Aussprache erfolgt die Beschlussfassung getrennt:

1.4.1 Aufhebung der beschlossenen Zweizügigkeit der Bismarckschule – Vorlage 114

Mit 7 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen wird dem Rat nach inhaltlicher Prüfung empfohlen, die Anregung von Herrn Markus Roman Eigner, Pappelweg 5, 58566 Kierspe, zurückzuweisen.

1.4.2 Einrichtung einer zusätzlichen Eingangsklasse im Schuljahr 2010/2012 an den Grundschulen – Vorlage 123

Nach inhaltlicher Prüfung empfiehlt der Hauptausschuss mit 7 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen dem Rat, die Anregung und Beschwerde von Christian und Stefanie Rahmede, Hüttenberg 4, 58566 Kierspe, zurückzuweisen.

1.1 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen

Unter Punkt 1.7 Margarethenkirmes wurde beschlossen, die Kirmes 2010 auf den Schützenplatz zu verlegen. Hierüber sind die Schausteller informiert worden.

Im Übrigen sind nur Beschlussempfehlungen an den Rat gefasst worden.

1.2 Aktuelle Finanzdaten

Herr Gebhardt informiert, dass die Entwicklung der Gewerbesteuer zurzeit stabil bleibt und dem Ansatz entspricht. Darüber hinaus gibt er bekannt, dass sich die Gemeindefinanzkommission 2010 unter Beteiligung des Deutschen Städtetages, des Städte- und Gemeindebundes und dem Landkreistag gebildet hat. Ziel der Kommission ist die Entlastung der Kommunen sowie die Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraumes.

1.3 Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Kierspe – Vorlage 56

Herr Stelse führt die Vorlage aus und erläutert die wesentlichen Änderungen. Fragen aus dem Gremium werden direkt beantwortet. Herr Knuf weist auf eine redaktionelle Änderung in § 9 hin, wonach der Ausschuss für Bauen und Umwelt namentlich zwar in den Ausschuss für Umwelt und Bauen umtituliert wurde - im ersten Absatz allerdings der Ausschussname nicht richtig übernommen worden ist.

Herr Schröder erinnert an die Empfehlung im Ausschuss für Umwelt und Bauen, Satzungsänderungen in Form einer Synopse vorzulegen. Hierdurch wird eine verständlichere Darstellung erreicht. Dies bittet er, künftig einzuhalten.

Einstimmig wird dem Rat empfohlen, die Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse zu beschließen.

1.5 Vorberatung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2010 - Vorlage 102

Herr Gebhardt verweist auf die vorausgegangenen Beratungen in den Fachausschüssen. Fragen der Ausschussmitglieder werden in der Sitzung beantwortet. Bei einigen Ansätzen ergibt sich weiterer Beratungsbedarf.

Herr Mürmann regt aufgrund der hohen Dienstleistungskosten der KDVG an, andere kostengünstigere Anbieter in Erwägung zu ziehen. Herr Emde informiert, dass bereits in Einzelfällen auch andere Anbieter berücksichtigt werden. Er gibt aber zu bedenken, dass die Stadt Anteilseigner der KDVG ist. Sollten die

Leistungen der KDVZ nicht mehr in Anspruch genommen werden, fallen erhebliche vertraglich geregelte Abstandszahlungen an.

Herr Schröder bezieht sich auf die Software – Kosten und bittet um Überprüfung, ob hier nicht der Einsatz günstigerer bzw. kostenloser Programme (z.B. Open Office) möglich ist. Eine Antwort wird im Protokoll zugesagt: Die Nutzung der günstigeren oder kostenlosen Programme wird stets überprüft. Allerdings funktionieren zahlreiche der benötigten speziellen Anwendungen der Fachabteilungen nur über Microsoft. Daher scheiden andere Programme zur Nutzung aus. Derzeit fallen keine Kosten für die Nutzung von Microsoft an. Wenn hier künftig Änderungen vorgenommen werden, findet die Prüfung nach Einsatzmöglichkeiten günstigerer Programme auf jeden Fall wieder statt.

In diesem Zusammenhang fragt Herr Wieland nach den Einsparungseffekten, die sich durch den Einsatz von Software einstellen sollten. Eine Antwort wird zugesagt.

Nach der Klärung diverser Anfragen wird – soweit die Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist - mit einer Enthaltung einstimmig dem Rat empfohlen, den Veranschlagungen im Haushaltsplanentwurf 2010 zuzustimmen.

#### 1.6 Ermächtigungsübertragung 2009 gem. § 22 Abs. 1 und 2 GemHVO – Vorlage 20

Zu den einzelnen Maßnahmen ergeben sich Nachfragen bei den Mitgliedern, die direkt in der Sitzung beantwortet werden.

Mit einer Enthaltung wird anschließend einstimmig die Beschlussempfehlung an den Rat gefasst:

Die Übertragung der Ermächtigungen für Auszahlungen und Aufwendungen begonnener Maßnahmen in das Haushaltsjahr 2010 lt. beigefügter Aufstellung wird beschlossen.

#### 1.7 2. Änderung der Feuerschutzsatzung – Vorlage 106

Dem Rat wird einstimmig empfohlen, die 2. Änderungssatzung der Feuerschutzsatzung zu beschließen.

#### 1.8 Mitteilungen

1.8.1 Herr Emde informiert, dass es am 03.03.2010 seitens eines Kiersper Bürgers zwei Anregungen an den Rat gegeben hat. Diese beziehen sich zum einen auf die Nichtbestellung eines Umweltbeauftragten und zum anderen auf die ordnungsbehördliche Verordnung, insbesondere zum Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen. Aufgrund der Geschäftsordnung, nach der der Hauptausschuss das zuständige Gremium für Anregungen ist, werden diese Punkte für die nächste Sitzung im Mai vorbereitet. Aufgrund der zeitlichen Überschneidung zwischen Eingang der Anregungen und der Erstellung der Tagesordnung konnte diese Thematik für die heutige Sitzung nicht mehr berücksichtigt werden.

1.8.2 Herr Kulosa berichtet von einem Bürger, der am Wochenende den augenärztlichen Notdienst in Anspruch nehmen musste. Aufgrund dieser Erfahrung befürchtet er durch die Neuorganisation des allgemeinmedizinischen Notfalldienstes ab nächstem Jahr auch in diesem Bereich entsprechende Probleme. Er teilt darum seine Empörung darüber mit, dass der Bürger an eine Praxis in Plettenberg verwiesen wurde, die telefonisch nicht zu erreichen und laut Ansage geschlossen

war. Im Nachhinein hat er zudem erfahren, dass dieser Arzt keine kassenärztliche Zulassung mehr hat und eine Behandlung mit entsprechenden Kosten für den Bürger verbunden gewesen wäre.

## 1.9 Anfragen

- 1.9.1 Herr Voswinkel erinnert an die letzte Sitzung des Hauptausschusses und fragt nach der zugesagten Überarbeitung für den Kostenersatz für die Feuerwehr. Der Verwaltung ist dies nicht bekannt; aus der Niederschrift ist hierzu nichts zu entnehmen. Die Angelegenheit wird überprüft und falls ein Versäumnis vorliegt, wird dies nachgeholt.

Hinweis: In der 22. Sitzung des Hauptausschusses am 25.11.2008 wurde die Änderungssatzung der Feuerwehrsatzung beraten. Es wurde dabei festgelegt, dass im Abstand von zwei Jahren, eine Gebührenanpassung überprüft werden soll. Diese Prüfung steht zum Ende dieses Jahres an und wird entsprechend durchgeführt.